

## WER SOLL DAS BEZAHLEN?

### Zivilgesellschaftliche Forderungen zur Lösung der Schuldenkrise

von Leo Gabriel

Es wird wohl niemandem entgangen sein, wie stark in den letzten Monaten die nationalstaatlichen Defizite in Ländern des europäischen Südens – vor allem in Griechenland, Portugal und Spanien –, aber auch in Irland und Großbritannien auf die gesamteuropäische Ebene zurückgeschlagen haben. Dabei hat sich für viele außereuropäische BeobachterInnen wie den ägyptischen Ökonomen Samir Amin, den chilenischen Soziologen Manfred Max Neef und die Indische Schriftstellerin Arundathi Roy deutlich gezeigt, dass diese Krisen ebenso wenig mit rein monetären Maßnahmen beizukommen ist wie der Schuldenkrise, in die die überwiegende Mehrzahl der Entwicklungsländer ab Mitte der Siebziger Jahre verfallen war.

„Auch damals hat der internationale Währungsfonds und die Weltbank unter dem Einfluss der neoliberalen Schule der *Chicago Boys* (Milton Friedmann u.a.) geglaubt, durch ihre Sparprogramme und Privatisierungen die maroden Nationalökonomien retten zu können“ schreibt Eric Toussaint, einer der profiliertesten Analytiker der Schuldenkrise und Mitbegründer der in der christlichen Soziallehre inspirierten Kampagne Jubiläum 2000, die eine völlige Entschuldung der damaligen so genannten Dritten Welt.

Die gegenwärtige globale Situation zeigt, dass diese Krisen nicht zu bestehen aufgehört haben, sondern im Gegenteil sich spätestens 2008 die nördliche Hemisphäre ergriffen hat. Auch hier hat sich aber gezeigt, dass in der Europäischen Union die klassischen Vorgaben der Maastricht-Verträge, des Stabilitätspakts und des gegenwärtig in Verhandlung befindlichen so genannten „Euro-Pakt plus“ die wirtschaftliche und sozialen Krisen, die diese neuerliche Schuldenkrise in diesen Ländern ausgelöst haben, nicht nur nicht lösen, sondern noch mehr verschärfen.

Das ist zumindest die Meinung der überwältigenden Mehrheit der europäischen Bevölkerung inner- und außerhalb der Europäischen Union, eine Meinung, die in den massiven Protesten in den von der Krise am meisten betroffenen Ländern wie Griechenland, Spanien und Großbritannien zum Ausdruck gekommen ist. Während sich jedoch in der medialen Berichterstattung das Hauptaugenmerk auf das mehr oder minder zahlreiche Protestverhalten und die gewaltsamen Ausschreitungen von vereinzelt Gruppen von DemonstrantInnen und Sicherheitsbehörden gerichtet hat, haben die von den engagierten zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Organisationen erhobenen Forderungen und Lösungsvorschlägen kaum eine Beachtung gefunden.

Dabei steht im Zentrum der Auseinandersetzungen die Frage, wer die Schulden in Milliardenhöhe, die den unter Druck geratenen Staaten jetzt auf den Kopf gefallen sind, letztendlich bezahlen soll. Schon bei der Krise 2008 hat das vor 23 Jahren in Frankreich gegründete globalisierungskritische Netzwerk ATTAC (*Association for the Taxation of Financial Transactions and for Citizens' Action, ATTAC*) mit der Devise: „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ den allgemeinen Unmut gegenüber dem Finanzkapital und jenen Regierungen zum Ausdruck gebracht, die damals ihre Rettungspakete von Hunderten Milliarden geschnürt haben, um die nationalen und internationalen Finanzinstitutionen zu retten.

Jetzt, zu einem Zeitpunkt, zu dem die Bevölkerungen in ganz Europa, aber vor allem in Süd- und Osteuropa mit teilweise unerträglichen Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Kasse gebeten werden, haben sich die sozialen Bewegungen in ganz Europa massiv und sehr lautstark zu Wort gemeldet, um folgende Hauptforderungen zu stellen:

- 1) Es soll möglichst rasch und unter federführender Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Organisationen ein so genanntes Audit der Staatsschulden stattfinden, um die aufgrund von Spekulationen, korrupten Transaktionen und Privatisierungen im überwiegend privatwirtschaftlichen Interesse stehenden Schulden von jenen zu trennen, die im öffentlichen Interesse gemacht wurden. Da die ersteren als „illegitime“ Schulden anzusehen sind, soll kein Staatsbudget mehr für sie verantwortlich gemacht werden, sondern auf jene zurückfallen, in deren Interesse sie ursprünglich eingegangen wurden.
- 2) Um zu vermeiden, dass die gesamte Schuld den Lohn- und GehaltsempfängerInnen aufgelastet wird - wie das derzeit in den von der Krise betroffenen Ländern, aber auch bei Globalisierungsgewinnern wie Deutschland und Österreich auf dem Umweg über Sparprogramme, Hinaufstufung des Pensionsalters, drastische Kürzungen der Sozialprogramme etc. passiert - muss eine Vereinheitlichung der Steuersysteme auf gesamteuropäischer Ebene durchgesetzt werden, welche die Asymmetrien zwischen Arm und Reich, Globalisierungsgewinnern und -verlierern ebenso einbezieht wie die Möglichkeit des Staates, eine gezielte Geldschöpfung im Interesse von Sozial- und Umweltprojekten zu betreiben, die auch Arbeitsplätze schaffen sollen.
- 3) All das wird natürlich nicht ohne eine radikale Reform des europäischen Bankensystems umgesetzt werden können, wobei die Forderungen nach der Schließung der Steueroasen in ganz Europa, die Schaffung einer eigenen europäischen Rating-Agentur ebenso auf dem Programm stehen wie die Unterstellung aller Banken unter eine „soziale Kontrolle“, worunter nicht eine Verstaatlichung im klassischen Sinne, sondern die Aufsicht der Banken durch öffentlich-rechtliche und zivilgesellschaftliche Instanzen verstanden wird.

Diese und andere Vorschläge werden zurzeit in Spanien von den Bewegungen auf den öffentlichen Plätzen (Plaza del Sol etc.), in Griechenland, Portugal und vielen anderen europäischen Städten diskutiert, aber auch innerhalb der gesamteuropäischen Gewerkschaftsbewegung. Sie werden aber auch bei den verschiedenen internationalen Aktionstagen ziemlich massiv erhoben werden, die in nächster Zukunft die Auseinandersetzung innerhalb Europas nachhaltig bestimmen werden. Dazu zählen der 19. Juni, zu dem die spanischen Bewegungen aufgerufen haben, der 21. Juni unter Federführung der britischen Gewerkschaften und der Gegengipfel zum G-20 Gipfel, der vom 30. Oktober bis 3. November in Südfrankreich stattfinden wird.